

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Sozial- und Kulturticket jetzt einführen**

Ein Sozial- und Kulturticket für die einkommensschwache Bevölkerung von Bremen und Bremerhaven verbessert deren Mobilität erheblich und leistet damit einen Beitrag zur Vermeidung sozialer Missstände. Es ermöglicht die Teilhabe am kulturellen Leben und leistet damit einen Beitrag gegen die zunehmende Spaltung unserer Städte. Bei Amtsantritt hat die rot-grüne Koalition in ihrer Koalitionsvereinbarung die Einführung eines ermäßigten Sozialtickets analog zum Jobticket, bzw. die Aufnahme von Verhandlungsgesprächen mit der BSAG beschlossen.

Nachdem die Fraktion DIE LINKE. im Oktober 2007 einen Antrag zum Bremer Sozialticket (Drs. 17/73) und eine Große Anfrage im Juni dieses Jahres (Drs. 17/403) gestellt hat, muss festgestellt werden, dass den allseitigen Absichtsbekundungen nicht entsprochen wurde. Verhandlungen wurden zwar aufgenommen, deren Fortschritt wird allerdings blockiert von der Haltung des Senats, die Einführung eines Sozialtickets kostenneutral zu gestalten. Da dies nicht sichergestellt werden kann, hat die BSAG die begründete Befürchtung, Einbußen auf der Einnahmeseite betriebsintern ausgleichen zu müssen, was in Nachteile für die Angestellten resultieren würde. Dies muss jedoch um jeden Preis verhindert werden. Aus diesem Grund muss der Senat auch über eine Bezuschussung des Sozial- und Kulturtickets nachdenken. Inakzeptabel wäre die alleinige Einführung eines Jobtickets, da dies nicht finanzierbar wäre für weite Teile der einkommensschwachen Bevölkerung. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) für 2008 hat für den Regelsatz von ALG-II-Empfänger/-innen einen Betrag von 14,26 € (2005: 18,11 €) für „Fremde Verkehrsmittel“ (inklusive ÖPNV) berechnet. Die Regelsätze für Kinder liegen 20 % bzw. 40 % darunter (Kinder ab 14 Jahre bzw. Kinder bis unter 14 Jahre). Mit diesen Beträgen lässt sich kein Ticket finanzieren, dessen Preis 15 € für Erwachsene bzw. 10 € für Kinder überschreitet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, die Einführung des Sozial- und Kulturtickets zu den genannten Bedingungen umgehend zu realisieren.
2. Der Senat wird infolgedessen dazu aufgefordert, die entsprechenden Verhandlungen mit den Bremer und Bremerhavener Verkehrsbetrieben ergebnisorientiert und zeitnah durchzuführen.
3. Der Senat wird außerdem aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Dezember 2008 einen Sachstandsbericht vorzulegen, in dem auch die bisher favorisierten und kalkulierten Modelle für ein Sozial- und Kulturticket, deren Finanzierung und ein möglicher Zeitrahmen berücksichtigt werden.

Sirvan Cakici, Peter Erlanson,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.